

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

24.08.2016

Pressemitteilung Nr. 17/863

Tonne: Zeugenbefragung zeigt: Sicherheitsbehörden sind im Kampf gegen radikalen Islamismus personell und organisatorisch gut aufgestellt

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Niedersächsischen Landtags zum Thema "Tätigkeit der Sicherheitsbehörden gegen die islamistische Bedrohung in Niedersachsen" wurde heute Vormittag der Zeuge Siegfried Maetje, Leiter der Abteilung 4 „Polizeilicher Staatsschutz“ beim Landeskriminalamt Niedersachsen, angehört.

„Die Aussagen von Herrn Maetje haben sehr deutlich gemacht, dass sich die Kommunikations- und Arbeitsabläufe rund um das LKA seit dem Jahr 2013 erheblich verbessert und intensiviert haben. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Opposition findet eine intensive und konstruktive Koordination zwischen Polizei, LKA, BKA und Verfassungsschutz statt, die sich stets weiterentwickelt und den neuen Gegebenheiten anpasst. Es konnten dem Untersuchungsausschuss zahlreiche neu standardisierte und strukturierte Austauschebenen zwischen den Behörden aufgezeigt werden“, fasst Grant Hendrik Tonne, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuss, die Ergebnisse der Befragung zusammen.

„Durch das verstärkte Aufkommen islamistischer Bedrohungen ist in den letzten Jahren sowohl die Zahl der Verfahren als auch der eingehenden Hinweise deutlich angestiegen. Der Zeuge Maetje hat jedoch sehr glaubhaft geschildert, dass die Sicherheitsbehörden für diese Problematik sensibilisiert und seit 2013 auch mit zusätzlichem Personal ausgestattet worden sind und sich organisatorisch entsprechend neu aufgestellt haben“, so Tonne weiter. Dabei spiele auch die Radikalisierung über neue Medien und soziale Netzwerke eine Rolle, die verstärkt in die Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden in Niedersachsen aufgenommen werde. So könne ein umfassendes Lagebild entstehen und Radikalisierungsprozesse früher erkannt werden.

„Hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben. Polizei, LKA und Verfassungsschutz tun jedoch alles in ihrer Macht Stehende, um angemessen und koordiniert auf die Bedrohungslage zu reagieren. Die Sicherheitsbehörden sind gut aufgestellt“, betont der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion.